

Evangelische Verantwortung

Eigenverantwortlichkeit und Gemeinsinn

Helmut Kohl

Am Ende des 20. Jahrhunderts haben wir Deutsche allen Grund, mit realistischem Optimismus in die Zukunft zu blicken. Seit 50 Jahren leben wir in Frieden - das ist die längste Friedensperiode in der jüngeren deutschen Geschichte. Mit Zustimmung all unserer Nachbarn und Partner konnten wir vor fünf Jahren die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit erreichen. Das vereinte Deutschland ist ein weltweit geachtetes Mitglied der Völkerfamilie, ein Faktor politischer und wirtschaftlicher Stabilität in Europa.

Für den Aufbruch unseres Landes in das 21. Jahrhundert sind inzwischen gute Grundlagen gelegt worden. Darauf aufbauend müssen wir die enormen Chancen, die sich uns nunmehr bieten, richtig nutzen.

Für die Union bedeutet dies eine Gestaltungsaufgabe ersten Ranges. Diese umspannt die Bekräftigung bleibender Werte und die geistige Auseinandersetzung mit langfristigen kulturellen Entwicklungen ebenso wie eine reichhaltige politische Tagesordnung:

– Um die **innere Einheit** zu vollenden, muß der Aufbau Ost weiter vorangetrieben werden. Für uns Deutsche ist die Wiedervereinigung nach wie vor ein Grund zur Freude und zur Dank-



barkeit. In den fünf Jahren, die seitdem vergangen sind, ist viel geleistet worden. Besonderer Respekt gilt den Menschen in den neuen Ländern, die eine schwierige Phase des Umbruchs zu bewältigen haben und mit ihrem unermüdlichen Einsatz enorme Leistungen vollbringen. Inzwischen wurde ein beeindruckendes Aufbauwerk in Gang gesetzt, das weltweit Anerkennung findet. Diese Entwicklung in Gang zu halten und zu fördern bleibt eine große Zukunftsaufgabe.

– Die Schaffung neuer, zukunftssicherer **Arbeitsplätze** in Ost und West ist

weiterhin eine Herausforderung allerersten Ranges. Für uns als rohstoffarmes Land geht es ganz entscheidend darum, daß wir uns auf den wirtschaftlichen Wachstumsfeldern mit fortgeschrittenen Technologien gegenüber zunehmender Konkurrenz auf den Weltmärkten behaupten und verlorengegangenes Terrain zurückgewinnen können. Das Wachstum von morgen läßt sich nicht mit dem Wissen und den Verfahren von gestern sichern. Unsere schnellelebige Zeit produziert technologische Sprünge in immer kürzeren Abständen. Wir werden unsere Position als eine der führenden Exportnationen in der Welt nur halten, wenn wir uns weiterhin auf den Zugewinn von Wissen und Können zu stützen vermögen. Nur ein hoher Bildungs- und Qualifikationsstand sichert die Innovations- und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

– Wir brauchen darüber hinaus ein für das Neue und den Fortschritt aufgeschlossenes gesellschaftliches Klima.

Themen- schwerpunkt Zukunft

Beiträge von:

Peter Hintze	3
Cornelia Yzer	6
Reinhard Frieling	9

Der Wohlstand unseres Landes kann auf Dauer nur gesichert werden, wenn wir die großen Chancen einer ethisch verantworteten Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wahrnehmen. Im übrigen lehrt ein Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre, daß der Schutz unserer Umwelt nicht gegen, sondern nur mit modernsten Technologien am besten zu gewährleisten ist.

Unsere Gesellschaft muß lernen, sich wieder stärker auf ihre eigenen, oft ungenutzten Möglichkeiten zu besinnen und ihren ganzen Reichtum an Fleiß, Ideen und Hilfsbereitschaft zu mobilisieren. Zugleich bleiben wir angewiesen auf einen Grundbestand gemeinsamer

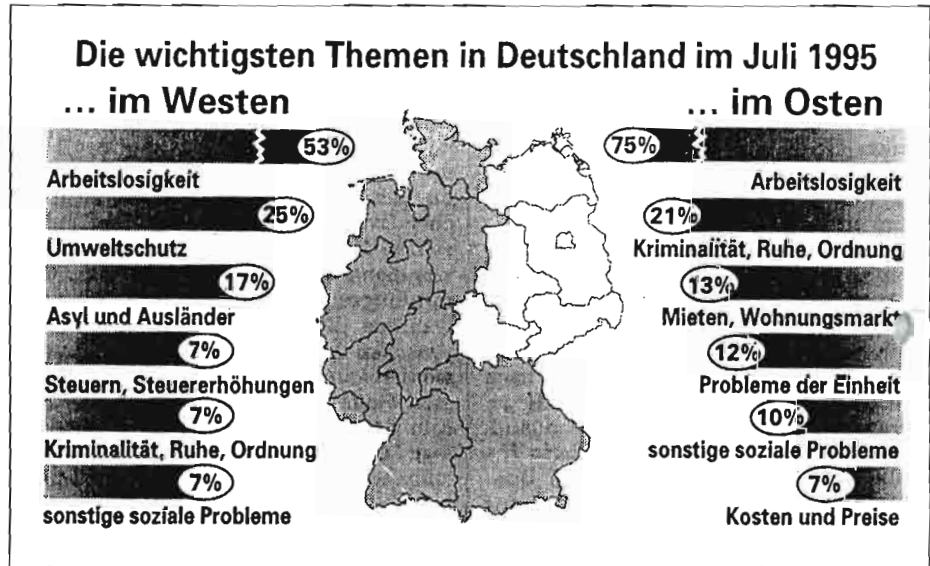
die Verwirklichung der Grundwerte einsetzen, kann unsere freiheitliche Ordnung mit Erfolg verteidigt werden.

Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bedingen und ergänzen einander. Eine humane Gesellschaft lebt

Herausforderungen der Zukunft

- Auf sich allein gestellt ist heute kein europäisches Land mehr in der Lage, die großen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu meistern und damit Frieden, Freiheit und Wohlstand dauerhaft zu sichern. Eine der zentralen Aufgaben bleibt es daher, die politische **Einigung Europas** weiter voranzubringen. Es kommt nun darauf an, den Bürgern den Gewinn, den das vereinte Europa für uns alle bedeutet, noch stärker als bisher verständlich zu machen. Denn die Absicherung und Fortführung des europäischen Einigungswerkes ist **die** Schicksalsfrage unseres Kontinents und unseres Landes. Die Schreckensbilder vom Krieg im früheren Jugoslawien sind Warnung genug und verdeutlichen eindringlich, daß die europäische Einigung letztlich eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert ist.

- Zukunftssicherung ist Politik für die nachkommenden Generationen. Die wichtigste Hilfe, die der heranwachsende Mensch erhalten kann, erfährt er bei der Ausprägung seiner eigenen Persönlichkeit. **Ehe und Familie** sind und bleiben das Fundament unserer Gesellschaft. Die Familie ist der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe zu Kindern, Solidarität zwischen den Generationen - das alles kann unsere Gesellschaft nur prägen, wenn es sich in der Familie bewährt. Als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft erbringt sie unverzichtbare Leistungen. Ohne die Werte und Tugenden, auf denen die Familie gründet, hat Deutschland keine Zukunft.



Werte und Maßstäbe, die ihre Wurzeln nicht zuletzt in der christlichen Tradition haben; nur dann haben Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit eine feste und dauerhafte Grundlage.

Balance zwischen den Grundwerten finden

Man kann nicht oft genug betonen, daß es ohne die von den Kirchen verkündete Botschaft von der unveräußerlichen Würde jedes einzelnen Menschen den freiheitlichen Verfassungsstaat in seiner heutigen Gestalt nicht gäbe. Auch wer nicht das religiöse Selbstverständnis der Kirchen teilt, wird ihre herausragende Rolle in einer politischen Ordnung, die auf dem Fundament von Grundwerten ruht, anerkennen müssen. Sie sind es, die in einer säkularisierten Welt die Frage nach einer den Staat und die Gesellschaft übersteigenden Wirklichkeit, nach einer letzten Sinngebung der menschlichen Existenz offenhalten und so stets daran erinnern, daß irdischer Macht Grenzen gesetzt sind, die diese nicht überschreiten darf. Nur wenn Staat und Kirchen sich gemeinsam für

davon, daß jeder dieser Werte möglichst kraftvoll zur Geltung kommt. Vor allem die Balance zwischen geschenkter Freiheit und notwendiger Bindung bedarf unserer ganzen Aufmerksamkeit. Wer die Spannung zwischen dem unverfügbaren Eigenwert des Individuums und seinem notwendigen Sozialbezug aufzulösen versucht, gerät in eine fatale Alternative: Entweder macht er ζ Menschen zum Opfer eines orientierungslosen Individualismus, der in Verinselung und Einsamkeit führt, oder zum bloßen Objekt, das dem vermeintlichen Wohl eines Kollektivs zu dienen hat.

Entsprechend der christlichen Überzeugung, die den Menschen als Individual**wie** als Sozialwesen sieht, bejaht die Union ein Verständnis von Selbständigkeit, das Freiheit nicht als Freiheit zum Egoismus, sondern immer auch als Auftrag zum Dienst am Mitmenschen befreit. Wir bejahen die Vielfalt gesellschaftlichen Lebens, die dem Individuum, der Familie, den Vereinen, den Gemeinden, den Kirchen und den gesellschaftlichen Gruppen eigene Möglichkeiten des Engagements eröffnet.

Wo der große Bereich menschlicher Bindungen im Raum zwischen Individuum und Staat an Vielfalt und Kraft verliert, besteht die Gefahr, daß der Staat in die Rolle des Alleinherrschers gedrängt wird. Dann wären wir wieder bei jenem „Wohlfahrtsstaat“, der jedes gesellschaftliche Leben vereinnahmt und seine Bürger bevormundet.

Die Idee der **Subsidiarität** verlangt demgegenüber Vorfahrt für die jeweils kleinere Einheit. Subsidiarität bedeutet aber auch, daß der Staat die kleineren Einheiten in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen, und auch darauf verzichtet, alle Aufgaben „nach unten“ zu delegieren und somit den einzelnen über Gebühr zu belasten.

Nur wenn diese Balance eingehalten wird, kann die Tugend der **Solidarität**, die für uns Christen die politische Konsequenz des Gebots der Nächstenliebe ist, ihre Kraft entfalten. Nur so können die Bürger ermutigt werden, nicht nur zu fragen: Wer hilft mir?, sondern auch

sich selbst die Frage zu stellen: Wem helfe ich? Unsere Gesellschaft beweist wirkliche, gelebte Humanität, wenn viele einen persönlichen Dienst am Nächsten leisten, wenn viele für andere da sind und nicht jeder nur an sich selbst denkt.

Bedürfnisse jenseits von Angebot und Nachfrage

Zum sozialen Netz des Staates, das materielle Notlagen überbrücken hilft, muß ein in Freiheit geknüpftes Netz von menschlichem Miteinander treten. Es gibt Formen der Not, die nicht - jedenfalls nicht in erster Linie - ein Ausdruck finanzieller Sorgen sind. Viele Menschen suchen einfach Geborgenheit und Zuwendung - Werte, die man eben nicht kaufen, aber ohne die niemand von uns leben kann. Wir wollen eine rücksichtsvollere Gesellschaft, die über den materiellen Interessen die Bedürfnisse jenseits von Angebot und Nach-

frage nicht vergißt. Fortschritt, richtig verstanden, ist weit mehr als eben nur eine Vermehrung materieller Güter.

In Abkehr von einem passiven Solidaritätsverständnis, demzufolge der einzelne immer nur Ansprüche an andere hat, bedarf es daher verstärkt der Forderung an jeden einzelnen von uns, mit seinen Kräften zur Gestaltung einer von Mitmenschlichkeit geprägten Lebensumwelt beizutragen. Von unschätzbarem Wert ist daher das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger, zu dem auch die Arbeit Hunderttausender in den politischen Parteien zählt. Es ist dieses Engagement in all seiner Vielfalt, das dem Staat die Freiräume schafft, um sich in Zukunft wieder stärker auf seine eigentlichen Aufgaben zu besinnen.

Leistung und Geborgenheit, Selbständigkeit und Hilfsbereitschaft sind keine Gegensätze. Sie sind untrennbare Teile unserer Vision von einer menschlichen Zukunft. ■

Ich persönlich heiße einen solchen Umgang mit Toten nicht gut, weil ich meine, daß der Mensch auch nach seinem Tod eine zu schützende Würde hat. Auf der anderen Seite stehen wir immer wieder im Konflikt, was ist ethisch zulässig, um in Zukunft Leben zu bewahren, in diesem Fall schwere Unfallfolgen zu verhindern oder zu mildern. Und da gibt es auch in einer Partei, in der sich Christen zum gemeinsamen Handeln entschließen, unterschiedliche Positionen. Über Ausgangspunkte und Ziele politischer Entscheidungen verständigt man sich oft leichter als über den Weg, der zum Ziel führt. Hinzu kommt, daß unser C keinen Ausschließlichkeitsanspruch hat. Es ist eine Selbstverpflichtung - mehr nicht.

Gleichwohl wird der CDU immer wieder einmal vorgeworfen, sie habe in den letzten Jahren ihr genuin christliches Profil zu sehr dem Zeitgeist geopfert. Was erwidern Sie auf solche Vorwürfe?

Ich kann diesen Vorwurf nicht akzeptieren, zumal wir ja in der evangelischen Sozialethik um das Verhältnis von Norm

Wie christlich ist die CDU? Gespräch mit CDU-Generalsekretär Peter Hintze

taft

Vor kurzem ist in den „Evangelischen Kommentaren“ ein Gespräch mit Peter Hintze veröffentlicht worden, das von Peter Hölzle geführt wurde. Im folgenden geben wir das Interview leicht gekürzt wieder.

Herr Generalsekretär Hintze, wie konkretisiert sich eigentlich das christliche Menschenbild in der praktischen Politik Ihrer Partei?

In unserem Grundsatzprogramm ist verankert, daß die CDU das „C“ zum einen als die Verbindung von Christen der beiden großen Konfessionen in politischer Verantwortung versteht, zum anderen aber auch als einen Hinweis auf die christliche Anthropologie, die unsere Politik leitet.

Geht es auch ein bißchen konkreter?

Aber selbstverständlich. Das christliche Menschenbild veranschaulicht sich überall dort, wo der Mensch in seiner unverletzlichen Würde angesprochen ist: etwa beim Schutz des ungeborenen Lebens oder beim Transplantationsgesetz oder aber in der Umweltpolitik. Wir verstehen die Umwelt nämlich nicht als ein dem Menschen willkürlich ausgeliefertes Gegenüber, sondern wir sehen Mensch und Umwelt als Teil der einen Schöpfung Gottes, die zu bewahren unser politischer Auftrag ist.

In diesem Zusammenhang irritiert natürlich, wenn der Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann Experimente mit Toten gutheißt, auch wenn sie dem Schutz der Lebenden dienen.

und Situation wissen. Es gibt auf politische Fragen keine Antworten, die auf ewige Zeiten Gültigkeit beanspruchen können. Ich meine, wir müssen in der Politik zwischen Fragen unterscheiden, die die Zeit aktuell stellt und auf die wir zu antworten haben, und solchen, die grundsätzlicher Natur sind. Daß wir uns gerade vom Zeitgeist beeinflussen lassen, wird ja an der Frage des Schwangerschaftsabbruchs deutlich, die wir wieder in die Diskussion gebracht haben, nachdem sie gesellschaftlich schon ganz anders beantwortet schien.

Für die Familienpolitik gilt dies aber nicht. In Grundsatzäußerungen hält die CDU den Schutz der Familie sehr hoch. In der konkreten gesetzlichen Ausformung hingegen wirkt sich diese Wertschätzung nicht aus.

Gerade in der Familienpolitik meine ich, daß sich unsere Politik deutlich zeigt. Schließlich hat die CDU in den letzten Jahren, was sage ich: in den letzten Jahrzehnten überhaupt erst dafür gesorgt, daß die Familie, was ihre soziale Absicherung anlangt, deutliche Verbesserungen erfahren hat. Von der Einführung des Kindergeldes bis zu Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub spannt sich hier ein weiter Bogen. Und wir haben auch eine Reihe von prinzipiellen Durchbrüchen erreicht.

Welche, bitteschön?

Daß die Kindererziehung rentensteigernd und bei mehreren Kindern auch rentenbegründend wird. Damit findet die Familienarbeit endlich eine soziale Anerkennung, ja eine soziale Absicherung. Auch die Pflegeversicherung ist, wenn man genau hinschaut, eine familienpolitische Leistung, denn diejenigen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, erhalten dafür auch ein Stück eigener sozialer Absicherung.

Und doch stellen Sie die doppelverdienenden Ehepaare ohne Kinder immer noch entschieden besser als diejenigen mit Kindern, wo nur ein Ehepartner verdient und der andere sich der Kindererziehung widmet.

Gerade für diejenigen haben wir aber einen neuen Familienleistungsausgleich



„Wir müssen den Gemeinsinn neu beleben.“

geschaffen, der eine deutliche Verbesserung um viele Milliarden Mark bringen wird, wenn er denn hoffentlich demnächst die parlamentarische Hürde nimmt.

Wie wird er aussehen?

Dieser Familienleistungsausgleich wird einfacher und durchschaubarer sein als das bisherige System, das den Nachteil hatte, daß die Leistungen für die Familie an unterschiedlichen Stellen abgerufen werden mußten und mancher Betroffene deshalb gar nicht wußte, was ihm alles zusteht.

Nun ist man freilich in der Familienpolitik nie am Ende. Und es stehen auch immer große Summen auf dem Spiel. Wenn, um nur ein Beispiel zu nennen, das Kindergeld pro Kind und Monat um zehn Mark erhöht wird, müssen dafür zwei Milliarden Mark bereitgestellt werden. Das ist viel Geld, ohne daß zehn Mark Kindergelderhöhung als wirksame Entlastung empfunden werden. Trotzdem meine ich, daß wir gerade im Bereich der Familienpolitik eine Menge geschafft haben.

Wird sich das nicht erst dann sagen lassen, wenn junge Frauen besser als bisher Familie und Beruf miteinander verbinden können?

Aber gerade hier haben wir ja mit Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld, die zwischen Ehefrau und Ehemann aufgeteilt werden können, sowie mit dem Teilzeitanpruch, den wir bei Bundesbehörden geschaffen haben, die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Ich trete nachdrücklich dafür ein, daß für Familienarbeit ein Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit in den Tarifverträgen verankert wird, damit es in Zukunft auf allen Arbeitsfeldern besser möglich sein wird, Familie und Beruf zu verbinden.

Trotzdem konfrontiert uns die Statistik mit schockierenden Wahrheiten. Immer mehr kinderreiche Familien geraten auch deshalb in Armut, weil sie bei ihren Einkommensverhältnissen angepaßten Wohnungen finden. Was tut die familienfreundliche CDU gegen diesen Mißstand?

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum für größere Familien ist eine Schlüsselfrage. Hierzu gibt es zwei Ansatzpunkte: Der eine beinhaltet eine konsequente Subjektsförderung, das heißt: Familien sollen durch ein ausreichend hohes Wohngeld in die Lage versetzt werden, dort, wo sie leben und arbeiten, auch zu wohnen.

Was wäre die Alternative dazu?

Der zweite Ansatzpunkt ist eine zielgenauere Objektförderung.

Wie soll die aussehen?

Bislang wird derjenige bevorzugt, der zur Finanzierung des eigenen Wohnraums eine Menge eigener Finanzmittel aufbringt. Diese einseitige Eigenheimförderung möchten wir dahingehend weiterentwickeln, daß sie auch für Familien attraktiv wird, die nicht viele Eigenmittel einsetzen können. Im Klartext heißt dies: Wer kein Eigenheim finanzieren kann, soll durch ein ausreichendes Wohngeld so gestellt werden, daß er sich angemessen Wohnraum leisten kann. Und wer nur über bescheidene eigene Finanzmittel verfügt, soll doch in den Genuß eben jener staatlichen Fördermittel kommen, die bislang nur beim Vorweis größerer Finanzmittel zur Eigenheimfinanzierung gewährt wurden.

Mit dieser Doppelstrategie wollen wir dazu beitragen, daß Familien mit Kindern auch wirklich mit kinderlosen Paaren oder Menschen, die alleine leben, mithalten können.

Aus den Reihen Ihrer Partei - ich denke da an die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth - kommen immer wieder Vorstöße, die nichtehelichen Gemeinschaften den Familien gleichzustellen. Wie vereinbart sich diese Tendenz mit den prononcierten Schutzmaßnahmen, die die CDU für die Familie formuliert?

Der besondere Schutz von Ehe und Familie wird von uns niemals preisgegeben. In unserem Grundsatzprogramm treffen wir lediglich die Aussage, daß wir die Entscheidung eines Menschen, etwa in einer nichtehelichen Partnerschaft zu leben, als seine persönliche Entscheidung respektieren. Insofern verbietet sich aus unserer Sicht auch jede gesellschaftliche Diskriminierung einer nichtehelichen Partnerschaft. Ihre rechtliche Gleichstellung mit der Ehe, auch im Hinblick auf die staatliche Förderung, lehnen wir allerdings ab. Ausgenommen sind Kinder, die aus einer nichtehelichen Partnerschaft hervorgegangen sind. Ihnen soll daraus kein Nachteil erwachsen, daß sich ihre Eltern anders entschieden haben, als es das Gesetz vorsieht.

Wer Kinder in die Welt setzt, darf sich nicht nur am „Kindersegens“ erfreuen. Er stellt der Gesellschaft auch ein Kapital zur Verfügung, mit dem diese über den Generationenvertrag die Alterssicherung finanziert, ohne daß dieses Kapital wirklich Zinsen trägt. Wie will die CDU nach dem magischen Jahr 2005 die Renten sichern, obgleich der dazu notwendige Nachwuchs infolge der Geburtenlücke im letzten Jahrzehnt nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung steht?

Aus meiner Sicht stellen Sie die falsche Frage. Richtig muß sie lauten: Wird un-

sere Wirtschaftskraft in Zukunft sinken, wird sie gleichbleiben, oder wird sie eher steigen? Schließlich werden aus der jeweiligen Wirtschaftskraft die Sozialleistungen getätigt. Und da darf ich auf ein Gutachten des Prognos-Instituts verweisen, das die Deutsche Bundesbank vor einiger Zeit veröffentlichte. Darin wird prognostiziert, daß unsere Wirtschaftskraft weiter steigen wird. Daraus schließe ich, daß die Renten auch dann sicher bleiben, wenn sich die Zahl der Beschäftigten verändert. Schließlich wird auch unsere Produktivität steigen. Sie steigt, weil kräftig rationalisiert wird. Natürlich frißt Rationalisierung Arbeitsplätze, aber indem sie die Produktivität steigert, schafft sie auch neue und er-

Es ist nicht einfach, ein Deutscher zu sein ...
Das Volk hat es schwer mit sich selbst,
es findet sich fragwürdig, es leidet zuweilen
an sich bis zum Ekel ...

Der deutschen Seele eignet etwas Tiefstes
und Irrationales, was sie dem Gefühl und
Urteil anderer, flacherer Völker störend,
beunruhigend, fremd, ja widerwärtig und
wild erscheinen läßt.

Thomas Mann

höht das Sozialprodukt, mit dem wir unsere Daseinsvorsorge bestreiten. Jede dritte Mark des Sozialprodukts geht ja in die soziale Sicherung.

An dieser Stelle legt sich eine Frage nahe, die mit dem bislang Diskutierten in einem engeren Zusammenhang steht als auf den ersten Blick erkennbar ist. Welche Rückwirkungen hat Ihrer Meinung nach die seit Jahrzehnten anhaltende Säkularisierung auf das Sozialverhalten und die demokratischen Tugenden?

Wir sind in der Gefahr, schrittweise das Gemeinschaftsgefühl zu verlieren. Schwindet es, nimmt aber auch unsere Bereitschaft zur Solidarität ab. Wir beobachten dies in der Nachbarschaft, aber auch gesamtgesellschaftlich. Das

ist ein Warnsignal, das wir nicht übersehen sollten.

Welche Schlußfolgerungen ziehen Sie daraus?

Wir müssen den Gemeinsinn neu beleben, aber auch die Wertediskussion. Wir müssen wieder klarmachen, was die Würde des Menschen bedeutet, was in den Zehn Geboten an Gemeinschaftsleben und an Gemeinschaftsverantwortung zum Ausdruck kommt.

Wie wollen Sie das erreichen?

Politiker müssen in ihren Handlungen stärker als bisher Wertentscheidungen deutlich werden lassen, etwa wenn es um die Bewahrung der Umwelt geht oder um die Würde des Menschen oder um die Frage, wie man auf unserem Globus in Gottes guter Schöpfung hundert Millionen Menschen jährlich mit Brot, Wasser und Arbeit versorgen kann. Wie wir Frieden für alle erreichen und bewahren können. Das sind große Fragen.

Wie beantworten Sie sie?

Zunächst einmal müssen wir eine stärkere Globalisierung unserer Politik einleiten, müssen über unser Land hinausdenken. Auf den Weltklimakonferenzen in Rio und Berlin wurden erste Schritte in Richtung Weltverantwortung getan, die zu der Hoffnung berechtigen, daß der globalen Herausforderung auch eine globale Antwort entgegengestellt wird.

Ich bin sicher, wenn die Bevölkerung erst sieht, daß die Politik hier in Verantwortung für die nächste Generation und im Blick auf Europa und die Völkergemeinschaft handelt, dann wird sie dies honorieren und der ethischen Autorität, die auf diese Weise neuen Gemeinsinn stiftet, gerne folgen. Dies jedenfalls wünsche ich mir. ■

Technologie für die Zukunft

Cornelia Yzer

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht unser Land vor großen Herausforderungen, die ohne technologische Innovationen nicht zu bewältigen sind. Deutschland braucht vor allem neue zukunftssichere Arbeitsplätze. Beschäftigungsfelder ändern sich weltweit mit großer Dynamik. Der Standort Deutschland muß in diesem Wandel seinen Platz behaupten zwischen den „Innovationsweltmeistern“ USA und Japan, ebenso wie zwischen Volkswirtschaften mit niedrigen Lohnkosten in den osteuropäischen Nachbarländern und neuen Technologiewettbewerbern aus Südost-Asien.

Arbeitsplätze in Deutschland können nur auf neuen und anspruchsvollen Betätigungsfeldern entstehen, z.B. auf der Grundlage von Digitalisierung, Elektronik und Biotechnologie, von Informations- und Kommunikationstechnik sowie Hochgeschwindigkeitsverkehr, von Bionik und Miniaturisierung, von neuen Laser-, Werkstoff- und Umwelttechnologien und durch neue Dienstleistungsfelder, die durch diese Technologien eröffnet werden.

Biotechnologien und Gesundheitsforschung

Die Wachstumsmärkte der Zukunft werden in den Bereichen liegen, die jetzt von Wissenschaft und Forschung erschlossen werden. Zu den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts gehören prioritär die Biotechnologie und die Informationstechnologien.

Der Markt für Biotechnologie steht noch vor seiner vollen Entfaltung. Doch die weltweiten Wachstumsraten sind schon heute beachtlich. Bedingt durch ihren Querschnittscharakter hat die Biotechnologie Auswirkungen auf viele an-

dere Technologiebranchen wie Mikroelektronik, medizinische Technik, Energie- und Umwelttechnik, Agrar- und Nahrungsmitteltechnik sowie chemische Technik, Apparate- und Meßtechnik.

Für die Initiativen Humangenomforschung und Gentherapie stellt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) 1996 bis 1999 ca. 300 Mio. DM bereit. Schwerpunkte der Förderstrategie richten sich auf neue Diagnostika zur Früherkennung von Erkrankungen bzw. Veranlagungen für schwere Krankheiten einschließlich von Methoden zur Prävention und Therapie, auf die Aufklärung spezifischer Krankheitsrisikofaktoren und die Anwendung neuer körpereigener Wirkstoffe. Dies wird die Behandlungsmöglichkeiten für schwere Erkrankungen wie Krebs, bestimmte Herz-Kreislaufkrankungen oder altersbedingte Erkrankungen erheblich erweitern.

In der gemeinsamen Initiative „Humangenomforschung“ bündeln die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und BMBF die nationalen deutschen Aktivitäten in einem der wichtigsten Zukunftsfelder der Biowissenschaften. Wesentliche Komponente der Initiative ist es, strukturelle Voraussetzungen für Spitzenleistung zu schaffen. Damit beschreitet das BMBF einen neuen förderpolitischen Weg. Als erste strukturelle Fördermaßnahme werden ein Ressourcenzentrum und eine Primärdatenbank beschaffen. Sie haben die Aufgabe, gleiche qualitative Voraussetzungen für alle beteiligten Forschungseinrichtungen zu gewährleisten.

Ziel des Projekts ist es, unser Wissen zu mehren und damit befähigt zu werden, Krankheiten besser zu bekämpfen. Darüber hinaus scheint es mir von hervorragender Bedeutung, gemeinsam eine

Wertediskussion anzustoßen. Viele Menschen fürchten angesichts scheinbar unbegrenzter gentechnischer Möglichkeiten unwiderrufbare Eingriffe in die Schöpfung sowie den Verlust ethischer Werte. Ethische, rechtliche und soziale Aspekte müssen daher integrale Bestandteile des Humangenomprojekts sein. Als erster Schritt werden interdisziplinäre Fachtagungen veranstaltet, die Stand und Perspektiven der Diskussion sowie den konkreten Forschungsbedarf ermitteln sollen.

Die Rahmenbedingungen für die bio- und gentechnologisch orientierte Forschung und Produktion in Deutschland haben sich in letzter Zeit deutlich verbessert. Dies hat die kürzlich in London veröffentlichte Studie „Biotech '95“ des Beratungsunternehmens Ernest & Young bestätigt. Deutschland hat demnach gute Chancen, an der biotechnologischen Revolution zu partizipieren. Der Leistungsstand der deutschen Forschung in den Biowissenschaften ist hoch. Rückstände bestehen noch bei der Umsetzung und Anwendung von Forschungsergebnissen. Es kommt jetzt darauf an, dieses Innovationspotential für Anwendungen in Medizin, Landwirtschaft und Industrie zu nutzen. Gerade bei der Umsetzung der Ergebnisse der Grundlagenforschung muß Deutschland in Europa wieder den Spitzenplatz in wichtigen Anwendungsbereichen einnehmen.

Akzeptanz in der Gesellschaft

Wer technologische Innovationen will, muß Akzeptanz schaffen. Ich halte es daher für ein wichtiges Anliegen, das geistige Klima für Umdenkprozesse zu schaffen. Wissenschaft und forschende Industrie sind stärker als in der Vergangenheit auf die Öffentlichkeit und die Akzeptanz in der Gesellschaft angewiesen. Bereits im Vorfeld wichtiger technologischer Vorhaben und Investitionen müssen Ziele und Motivation aktiv vertreten und die Öffentlichkeit sachgerecht informiert werden. Deshalb hat sich das BMBF auch frühzeitig für eine Kennzeichnungspflicht gentechnisch behandelter Lebensmittel ausgesprochen. Nur mit Offenheit lassen sich Ak-

zeptanzprobleme in der Bevölkerung mindern und Interesse an wissenschaftlichem Fortschritt wecken.

Informationsgesellschaft und Multimedia im Bildungsbereich

In den führenden Industriestaaten der Welt sind Datenautobahnen und Multi-mediatechniken zentrale Themen staatlicher Innovationspolitik und privatwirtschaftlicher Investitionsvorhaben. Multi-mediatechnologien sind das Rückgrat der sich formierenden weltweiten Informationsgesellschaft. Diese wird Auswirkungen auf fast alle Bereiche des täglichen Lebens haben. Die Informationsgesellschaft wird Feld für und von Innovationen sein. Sie impliziert wirtschaftliches Wachstum und kulturelle Herausforderungen. Telearbeit, Telemedizin, Telelearning und Teleshopping sind nur einige der Anwendungsmöglichkeiten, mit denen diese neue Technologien enorme wirtschaftliche Chancen eröffnen. Aber auch die nichttechnischen Aspekte der Informationsgesellschaft, wie soziale, gesellschaftliche und rechtliche Auswirkungen, müssen bedacht und sinnvoll gestaltet werden. Wir haben nicht die Wahl, auf diese Techniken und Dienste zu verzichten, aber alle Chancen, die vorhandenen Gestaltungsoptionen aktiv und kreativ auszufüllen.

Deutschland hat gute technische und gesellschaftliche Voraussetzungen für die Entwicklung einer Informationsgesellschaft. Wir verfügen bereits über leistungsfähige Endgeräte, flexible Vermittlungstechniken und ausbaufähige Telekommunikationsnetze. Die ökonomische Erschließung des Information-Highways ist nach meiner Überzeugung vorrangige Aufgabe der Wirtschaft selbst. Die Aufgabe des Staates sehe ich darin, geeignete Rahmenbedingungen für Wettbewerb und Dienstvielfalt zu schaffen, Investitionen in Zukunftstechnologien zu erleichtern und innovatorientierten Unternehmensgründungen zu unterstützen sowie Verantwortung für die Auswirkungen im Bildungsbereich zu übernehmen.

Im Rahmen des Gesamtkonzepts für die informationstechnische Bildung haben

wir seit 1986 viele Modellversuche in allen Bildungsbereichen mit mehr als 150 Mio. DM gefördert. Moderne Informationstechniken standen ebenso auf dem Prüfstand wie Multimedia-Anwendungen sowohl als Bildungsgegenstand wie auch als Werkzeug.



Berufliche Weiterbildung muß flexibler werden!

Insgesamt hat das BMBF bisher mehr als 380 Mio. DM in Maßnahmen der innovativen Telekooperation und Telekommunikation investiert, davon rund 150 Mio. DM in das deutsche Forschungsnetz, das eine wesentliche Voraussetzung für ein europäisches Wissensschaftsnetz bildet.

Der im März d.J. beim Bundeskanzler gegründete **Rat für Forschung, Technologie und Innovation** befaßt sich prioritär mit den Herausforderungen der Informationsgesellschaft. Er wird noch in diesem Herbst Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen.

Ich bin mir bewußt, daß es noch ein weiter Weg sein wird, um auch in der breiten Öffentlichkeit das Interesse und das Verständnis für die neuen Informationstechniken zu wecken. Auch die Frage nach der Akzeptanz der neuen Technologien in der Gesellschaft sehe ich noch lange nicht zufriedenstellend beantwortet. Unsicherheit und Abwehr scheinen

noch das vorherrschende Gefühl zu sein. Wir müssen hier noch breiter informieren und den Nutzen der neuen Technologien für die Zukunft erklären, um die durchaus verständliche Angst vor dem unbekanntem Neuen abzubauen.

Schlüsselqualifikationen der Zukunft

Es führt kein Weg daran vorbei: Das Beherrschen neuer Informations- und Kommunikationstechniken gehört zu den wichtigsten Schlüsselqualifikationen der Zukunft. Medienkompetenz wird zum Erfolgsfaktor im Leben junger Menschen. Die neuen Technologien erfordern auch neue Wege in der Medienpädagogik. Elektronische Medien stellen andere Anforderungen als Printmedien. Wir müssen die Jugendlichen befähigen, den technischen Umgang mit den neuen Medien optimal zu beherrschen und sie gleichzeitig in die Lage versetzen, die neuen Medien kritisch und kreativ zu nutzen, d.h. verantwortlich und verantwortungsbewußt damit umzugehen.

Es gilt, in unserem Land eine **Zweiklassengesellschaft zu verhindern**: Die, die über Medienkompetenz verfügen und die anderen, die nicht daran teilhaben können.

Die Schulen brauchen den Zugang zu den Datennetzen. Der Informations-Highway darf nicht ohne Anschlußstelle an den Schulen vorbeilaufen. Hier haben wir in allen Bundesländern einen großen Nachholbedarf. Zwar verfügen 60 % aller privaten Haushalte mit schulpflichtigen Kindern über einen PC, aber nur 2 % aller Schüler.

Die Ausstattung an den Hochschulen ist schon etwas besser. Aber auch hier fehlt es an Möglichkeiten der individuellen Nutzung. Die Vision von der virtuellen Universität könnte erst dann Realität werden, wenn jede Seite jedes Buches aus jeder nationalen und internationalen Bibliothek elektronisch auf den studentischen Arbeitsplatz, sei es in der Bibliothek oder zu Hause, geholt werden könnte. Hier stelle ich mir auch interessante Mischformen von Fern- und Prä-

senzstudium vor. Diese Aspekte müssen auch beim Bau von Hochschulen stärkere Beachtung finden. Heute wird immer noch auf konventionelle Hochschulbauten mit immer größeren Räumen für immer mehr Studenten gesetzt, anstatt - ich vereinfache bewußt - die elektronische Bibliothek für den heimischen PC verfügbar zu machen.

Ich bin überzeugt, daß gerade auch die Bedeutung von Weiterbildungsmaßnahmen, gestützt auf Multimediotechniken, zukünftig steigen wird. Wissen und Informationen werden - zeitlich und örtlich flexibel - zunehmend über neue Technologien vermittelt und erworben werden können. Ich bedauere daher, daß Multimedia in der Weiterbildung, beim lebenslangen Lernen, zur Zeit noch ein Schattendasein fristet, obwohl sich hier ein breites Anwendungsfeld auftut. Die Weiterbildungseinrichtungen bieten hier Chancen zu individuell angepaßten Angeboten.

Bildung und Ausbildung müssen die Menschen dazu befähigen, den gesellschaftlichen wie den technologischen Wandel zu „bewältigen“, ihn aktiv mitzugestalten, statt sich von ihm „überrollen“ zu lassen. Die Qualität der Ausbildung ist dabei ebenso entscheidend wie die Qualifizierung des Wissens.

Berufliche Bildung als Standortfaktor

Für die Gestaltung unserer Zukunft brauchen wir neben einem forschungs- und technologieoffenen Klima vor allem gut ausgebildete Menschen, ihre schöpferische Energie und Kreativität.

Investitionen in die berufliche Aus- und Weiterbildung sind daher für die Innovationskraft der Wirtschaft und damit auch für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von herausragender Bedeutung. Die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems ist unbestritten. Dies gilt insbesondere für das im internationalen Ansehen so erfolgreiche System der dualen Berufsausbildung. Wir sollten uns daher nicht in eine Krise hineinreden lassen. Mit innovativen Ideen

wollen wir da ansetzen, wo wir noch besser und moderner werden müssen.

Die berufliche Aus- und Weiterbildung muß insgesamt flexibler und differenzierter gestaltet und die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung hergestellt werden. Nur so wird es möglich sein, die Jugendlichen adäquat auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes der Zukunft vorzubereiten. Das ist im Interesse der Zufriedenheit der Jugendlichen wie im Interesse einer prosperierenden Wirtschaft.

Eine geradezu lebenswichtige Voraussetzung, um jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu sichern, ist ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn bei uns glücklicherweise unterdurchschnittlich. Trotzdem erscheint der Berufseinstieg für viele aktuell gefährdet, weil betriebliche Ausbildungsplätze, gemessen an der Nachfrage, immer knapper werden. Dies gilt vor allem in Ostdeutschland. Hier ist zunächst die Wirtschaft gefordert, ihr Lehrstellenversprechen einzulösen und zugleich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht zu werden. Denn wie soll ein Jugendlicher in unserem Wirtschaftssystem zu fassen, wenn er bei seiner ersten Bewährungsprobe am Arbeitsmarkt - der Suche nach einer Lehrstelle - scheitert?

Ich sehe ein grundlegendes Erfordernis darin, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen diejenige Qualifikation zu vermitteln, die seiner Leistungsfähigkeit entspricht, auch den leistungsschwächeren Jugendlichen.

Die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung setzt auch die wirtschaftliche Sicherung der beruflichen Aufstiegsfortbildung voraus. Hierzu hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine entsprechende staatliche Förderung - analog dem BAföG für Schüler und Studenten - vorsieht. Diese Förderung betrifft künftige Handwerks- und Industriemeister. Sie soll sich auf entsprechende Fortbildungsabschlüsse im Gesundheitswesen, im sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Bereich sowie für Techniker und Betriebswirte erstrecken.

Diesen Gesetzentwurf sehe ich als Kernstück einer Offensive zur Stärkung der Selbständigkeit und des Mittelstandes. Über 200.000 Handwerksbetriebe suchen bis zur Jahrtausendwende einen Nachfolger. Mit dieser Förderung der Aufstiegsfortbildung soll dafür gesorgt werden, daß für diese Betriebe auch künftig genügend geeignete Nachwuchskräfte zur Verfügung stehen. ■

Anm.:

Cornelia Yzer, MdB,
ist Parlamentarische Staatssekretärin
im Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und
Technologie.

Insbesondere im Bereich der Medizin, der Gen- und Biotechnologie stellen uns die neuesten Entwicklungen auch vor neue ethische Herausforderungen.

Auf folgende Fragen müssen wir Antworten finden:

Mit welchen technologischen Entwicklungen ist zu rechnen, und wie gehen wir damit um? Welche ethischen Maßstäbe legen wir an, wenn es darum geht, natürliches Erbgut zu erforschen und zu verändern, Leben zu erzeugen und Leben zu verlängern? Wo ziehen wir Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen?

Wir sind verpflichtet, mit Hilfe des wissenschaftlichen Fortschritts und moderner Technologien nach Wegen zu suchen, um die Würde des Menschen zu schützen, die Umwelt zu erhalten und die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu sichern - und zugleich eine anhaltende wirtschaftliche Entwicklung möglich zu machen. Wir setzen dabei nicht vor allem auf den Staat, sondern auf die Ausgestaltung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

(aus: „Die Tagesordnung der Zukunft. Arbeitsprogramm auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“, Arbeitspapier für den CDU-Bundesparteitag, 15.-18.10.1995, Karlsruhe)

Die Kirchen und das Europa von morgen

Reinhard Frieling

„Der christliche Glaube ist für die künftige Entwicklung in Europa von entscheidender Bedeutung. Europa und das Christentum gehören seit langem zusammen. Das Christentum ist eine wichtige Quelle, aus der Europa lebt.“ Mit diesen Worten begann 1994 eine Erklärung des Rates der EKD zur europäischen Einigung.

Sie macht dreierlei deutlich. Erstens, die Zukunft Europas kann nur aus den Lehren der Geschichte gestaltet werden. Zweitens, der christliche Glaube, d.h. die Einstellung und die Verantwortung jedes einzelnen Christen, ist entscheidend für die Gestaltung Europas. Und drittens, die kirchlichen Institutionen dürfen nicht im konfessionellen Alleingang die Zukunft Europas prägen wollen; das Christentum, die Ökumene in Europa, ist herausgefordert.

Auswirkungen eines pluralen Europas

Europa ist nicht nur das christliche Abendland oder die Europäische Union. Das ganze Europa vom Atlantik bis zum Ural war seit dem frühen Mittelalter vorwiegend christlich geprägt. Die Aufteilung in einen byzantinischen Osten und einen römisch-katholischen und reformatorischen Westen hat unterschiedliche politische, kulturelle und konfessionelle Räume hervorgebracht, die bis heute ein unterschiedliches Lebensgefühl in Ost und West sowie in Nord und Süd bewirken. Die jahrhundertelange gegenseitige Beeinflussung von Konfession und Nationalkultur ist auch bei der allgemeinen Säkularisierung der gegenwärtigen europäischen Gesellschaft spürbar und begründet ein plurales Europa. Aufgrund der im christlichen Glauben verwurzelten Gewissens- und Religionsfreiheit und der

grundsätzlichen Bejahung von Gemeinschaftswerten wie Heimat, Volk und Staat müssen diese Prägungen in Europa nicht abgeschafft, sondern als Reichtum begriffen und in die gesamteuropäische Gesellschaft eingebracht werden.

Die Geschichte des sogenannten christlichen Europas hatte freilich auch düstere Schattenseiten, von denen für die Zukunft zu lernen ist. Intoleranz und Zwangschristianisierung, Kreuzzüge und Ketzertötungen, Mißbrauch des Namens Gottes für zerstörerischen Nationalismus und Rassismus sind Beispiele dafür, daß eine Kirche, die sich zu sehr auf weltliche Macht einläßt und autoritär wird, die eigenen Grundlagen christlichen Glaubens preisgibt.

Für die Zukunft Europas ist es wichtig, die Einsichten der Reformation zur Geltung zu bringen: Freiheit wird nur in Verantwortung vor Gott bewahrt und darf nicht zu schrankenlosem Individualismus oder Gruppenegoismus verkommen. Für die Freiheit der anderen eintreten, bedeutet in Europa dann auch, die religiöse und kulturelle Prägung durch andere Religionen und nichtchristliche Bewegungen zu akzeptieren. Beispielsweise haben das Judentum, der Islam und der säkulare Humanismus in der Geschichte und Gegenwart Europas einen wichtigen Platz. Die Christen und die Kirchen haben gewiß das Recht, ihre Evangelisierung an alle Menschen auszurichten, sie haben aber auch die Pflicht, gemeinsam mit den Nichtchristen zum Wohl der Gesellschaft beizutragen.

Verpflichtung zur Mitgestaltung

Aus der Geschichte ergibt sich also nicht die Aufgabe, ein homogenes „christliches Europa“ zu restaurieren. Damit ist nicht der Rückzug der Christen und der Kirchen aus der öffentlichen Verant-

wortung gemeint. Im Gegenteil, aus dem christlichen Glauben selbst ergibt sich die Verpflichtung, Kultur und Geist Europas mitzugestalten. In einer Zeit, in der ein neuer Nationalismus erblüht, der das „Ethnische“ zu einem nahezu absoluten Wert hochstilisiert, treten Christen dafür ein, daß Europa nur Zukunft hat, wenn es zu einer Versöhnung von Völkern und Kulturen kommt, weil Versöhnung ein zentraler Teil des Evangeliums von Christus ist.

Wenn man in Europa sich ohnmächtig wieder daran zu gewöhnen scheint, daß Kriege und Bürgerkriege Mittel der politischen Auseinandersetzung sind, dann fordern Christen eine internationale Friedensordnung, in der die übernationalen Institutionen wie die Vereinten Nationen und die Europäische Union mit staatlichen Kompetenzen ausgestattet werden, welche im Sinne des Polizeirechts „unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden sorgen“ (Barmer Theologische Erklärung 1934, These V). Und gleichzeitig engagieren sich die Christen bei allen gewaltfreien Konfliktbearbeitungen für eine friedvolle Zukunft. Wo in West- oder Ost-Europa die freie Marktwirtschaft nur zur persönlichen Bereicherung mißbraucht und Verelendung produziert wird, da fordern Christen die soziale Marktwirtschaft ein und erheben in Aufsichtsräten, Gewerkschaften, Parteien und Regierungen entsprechend ihre Stimme.

Bei diesen und ähnlichen Herausforderungen ist deutlich, daß nicht einfach von den Institutionen wie Staat oder Kirche Lösungen erwartet werden dürfen, sondern daß die Zukunft Europas von dem abhängt, was in den Köpfen der Menschen vorgeht. In diesem Sinne fordert Europa jeden einzelnen Christen. Glaube und Nächstenliebe können auch in einer säkular sich verstehenden Gesellschaft in Europa Hoffnung ausstrahlen für die Politik, die Kultur und Ethik. Solche Konsequenzen des Glaubens beginnen im persönlichen Leben, in Familie, Beruf und Freizeit; und sie nehmen Gestalt an, wenn Christen sich in Gruppen, Vereinen, Bewegungen und Parteien organisieren, um in der demokratischen europäischen Gesellschaft so viel Einfluß wie eben möglich zu gewinnen.

In ähnlicher Weise haben auch die Kirchen das Recht und von ihrem Selbstverständnis her die Pflicht, Europa mitzugestalten. Sie haben dazu als Institutionen, die sich prinzipiell übernational begreifen und zugleich ganz nahe bei den Menschen sind, viele Möglichkeiten. Allerdings sind sie auch durch die konfessionellen Spaltungen und durch ihre organisatorischen Strukturen als National-, Volks- und Freikirchen schwer behindert, gemeinsam und effektiv zu handeln. Man muß nüchtern sehen, daß sie bisweilen nur ein Spiegelbild der Gesellschaft sind: Wo partikularer Nationalismus blüht, wachsen analog neue konfessionalistische Tendenzen. Wo internationale Konflikte aufbrechen, betonen die Kirchen die Treue zum eigenen Volk und machen es sich selbst schwer, für die Versöhnung tätig zu sein. Das mag menschlich verständlich sein, widerspricht aber dem Auftrag der Kirchen, inmitten der Spaltungen und Konflikte ein Zeichen des Reiches Gottes zu sein.

Kirchen als Spiegelbild der Gesellschaft

Die ökumenische Bewegung hat diese Situation erfaßt und sucht sie zu ändern. Im Blick auf die Zukunft bleibt in Europa freilich noch viel zu tun. An der konfessionellen Gliederung wird sich in absehbarer Zeit vermutlich nicht viel ändern, aber das oft noch beziehungslose Nebeneinander muß überwunden werden, wenn die Kirchen nicht zu einer belanglosen Größe werden wollen. Bessere ökumenische Zusammenarbeit und effektivere ökumenische Strukturen sind unerlässlich.

Was im politischen Bereich als teilweiser „Souveränitätsverzicht“ der Staaten zugunsten überstaatlicher Organisationen

diskutiert wird, müßte im kirchlich-ökumenischen Raum bedeuten, daß die Kirchen den ökumenischen Gremien wie dem Ökumenischen Rat der Kirchen, der Konferenz Europäischer Kirchen und der reformatorischen Leuenberger Kirchengemeinschaft klare Mandate geben, für sie etwa auf der Ebene der

Der Christ lebt nicht im Wordensein, sondern im Werden. Daß also dies Leben nicht ist ein Frommsein, sondern ein Frommwerden, nicht ein Gesundsein, sondern ein Gesundwerden, nicht eine Ruhe, sondern eine Übung. Wir sind es noch nicht, wir werden es aber; es ist noch nicht getan und geschehen, es ist aber im Gang und Schwang. Es ist nicht das Ende, es ist aber der Weg; es glüht und glänzt noch nicht alles, es klärt sich aber alles.

Martin Luther

europäischen Institutionen (der Europäischen Union oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE) gemeinsam zu reden und handeln.

Keine „Superkirche“

Niemand wünscht eine Superkirche mit einer zentralistischen Bürokratie. Niemand bestreitet einer anglikanischen Staatskirche, einer deutschen Volkskirche oder einer freikirchlichen Minoritätenkirche das Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln ohne Weisungen von ökumenischen oder gar politisch-europäischen Gremien.

Aber mehr Gemeinschaftsfähigkeit ist im Christentum nötig, gerade auch, wenn die Vielfalt konfessioneller, kultureller und nationaler Prägungen fruchtbar gemacht werden soll für Europas

Zukunft. Friede und Ökumene zwischen den Kirchen müßte ein Modell sein für Friede und Gemeinschaft zwischen den Völkern.

Darum ist die geplante Zweite Europäische Ökumenische Versammlung aller christlichen Kirchen in Europa (in Graz 1997) ein hoffnungsvolles Zeichen. Die Konferenz Europäischer Kirchen (= alle nicht-römisch-katholischen Kirchen), die bis 1989 vor allem eine Brücke zwischen Ost und West in Europa war und darum eine gemeinsame Vertretung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft nicht wahrnehmen konnte, braucht dringend eine klare Mandatserweiterung. Und die Leuenberger Kirchengemeinschaft (= lutherische, reformierte und unierte Kirchen in Europa) bedarf der Intensivierung, damit das evangelische Profil in der Ökumene nicht untergeht.

Für die Gemeinschaftsfähigkeit des Protestantismus in Europa ist nach wie vor eine **Europäische Evangelische „Synode“ wünschenswert** (oder wie immer ein adäquater kirchenrechtlicher Begriff lauter mag), in der die Vielfalt des evangelischen Gottesvolkes vertreten ist und die bei aller Pluralität versucht, die evangelische Stimme zu den gesellschaftlichen Herausforderungen in Europa zur Geltung zu bringen. Dafür muß freilich der Heilige Geist noch manche provinzialistische Enge in unseren Kirchen aufbrechen. ■

Anm.:

Professor Dr. Reinhard Frieling ist Direktor des Konfessionskundlichen Instituts der EKD in Bensheim und leitet die Vorbereitungsgruppe für die nächste EKD-Synode vom 5.-10. November 1995 in Friedrichshafen zum Thema „Europa fordert die Christen – Für eine Gemeinschaft in Gerechtigkeit und Frieden“.

Zeichen des Glaubens in der modernen Zeit

Artur Wild

Die Geschichte der Stadt Erfurt, der heutigen Landeshauptstadt Thüringens, reicht bis ins 8. Jahrhundert zurück. Hier gründete Bonifacius 742 ein Bistum.

Während ihrer Glanzzeit im Mittelalter besaß die Stadt Erfurt 36 Kirchen und 15 Klöster. Das trug ihr den Namen „die Turmreiche“ ein. Noch heute gehören die Kirchen und Klöster zu den bedeutendsten Sehenswürdigkeiten Erfurts, die Stadtgeschichte wurde und wird durch sie geprägt. Unübersehbar zieht der Dom und die Severikirche die Touristen an. Wenige hundert Meter entfernt trifft man auf mehrere Kirchen: die Predigerkirche, Barfüßerkirche, die Allerheiligenkirche, Andreaskirche und die Augustinerkirche mit dem berühmten Augustiner Kloster.

Vom diesem Kloster ging ein großer Einfluß auf die Stadt und das Land aus, denn in diesem Kloster lebte der Reformator Martin Luther als Mönch.

Am 10. November diesen Jahres beginnen mit dem Martinsfest auf dem Domplatz die Feierlichkeiten des Lutherjahres. Alljährlich versammeln sich hier in einer ökumenischen Feierstunde ca. 30.000 Menschen, um des Heiligen Martin von Tours und des Reformators Martin Luther zu gedenken.

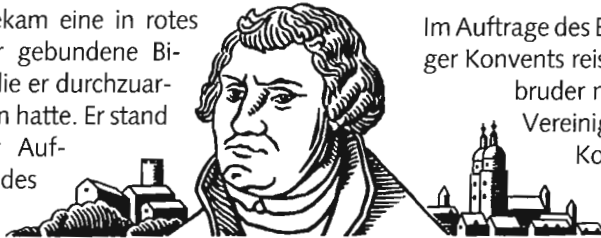
Martin Luther im Erfurter Augustiner Kloster

Heute ist das Augustinerkloster ein Begegnungs-, Tagungs- und Studienzentrum. Zu den Feierlichkeiten anlässlich des Lutherjahres 1996 wird es im Mittelpunkt stehen.

Am 17. Juli 1505 bat der Magister Martin Luther um Aufnahme in das Kloster der Er-

furter Augustiner-Eremiten, nachdem er zwei Wochen vorher im Gewitter bei Stotternheim der Heiligen Anna gelobt hatte, Mönch zu werden. Fast alle Bücher hatte er verschenkt. Nur seine beiden lateinischen Lieblingsdichter Virgil und Plautus nahm er mit. Nachdem er einige Wochen lang Gast des Klosters gewesen war, wurde er durch den Prior Winand von Diedenhofen als Novice aufgenommen.

Er bekam eine in rotes Leder gebundene Bibel, die er durchzuarbeiten hatte. Er stand unter Aufsicht des



LUTHER-JAHR '96

Novicenmeisters Johann von Grefenstein, von dem er noch nach Jahrzehnten mit großer Achtung sprach. Der Novicenmeister war auch sein Beichtvater, von der Beichte machte der Novice so häufig Gebrauch, daß es auch sein Novicenmeister für übertrieben hielt.

Die Augustiner-Eremiten waren ein Bettelorden, aber der Erfurter Konvent war dank so mancher Stiftungen nicht auf Bettel angewiesen. Als Übung in Demut mußten aber die Novicen mit dem Bettelsack losziehen. In Erfurt wurde die Strenge der Augustiner nur noch von den Kartäusern übertroffen.

In dem Erfurter Konvent war nämlich, wie in 29 anderen Augustinerklöstern eine Reform durchgeführt worden, welche die Mönche zu alter Strenge des Klosterlebens zurückbrachte. Es wurde sehr viel gefastet. Wenn man alle Fastentage des Jahres zusammenzählte, ergab sich, daß in der Hälfte des Jahres gefastet wurde.

Ein Jahr nach seiner Rezeption legte Martin Luther die Mönchsgelübde der Armut,

der Ehelosigkeit und des Gehorsames ab. Gleich danach wurde er zum Priesteramt bestimmt. Dazu bedurfte es damals keines theologischen Studiums.

Dazu lud er u.a. auch seinen Vater ein, der sich mit dem Entschluß seines Sohnes, Priester zu werden, noch nicht abgefunden hatte und ihm das beim Essen im Refektorium auch zu verstehen gab.

Da im Erfurter Augustiner-Konvent die Gelehrsamkeit hoch im Kurs stand und der Pater Martinus bereits Magister war, wurde er zum Studium bestimmt, das er in Erfurt aufnahm und im Herbst 1508 in Wittenberg fortsetzte. Nachdem er dort Baccalaureus sententiaris geworden war, kam er wieder nach Erfurt.

Im Auftrage des Erfurter und des Nürnberger Konvents reiste er mit einem Ordensbruder nach Rom. Es wurde eine Vereinigung der reformierten Konvente mit den nicht reformierten angestrebt.

Dagegen wehrten sich die Konvente von Erfurt, Nürnberg und 7 andere Konvente. Die Vereinigung kam nicht zustande. Es kam zu einem Kompromiß, dem sog. „Jenaer Rezeß“, dem Luther zustimmte. Doch als er nach Erfurt zurückkehrte, stellte ich heraus, daß nur eine Minderheit seiner Brüder damit einverstanden war. Zu dieser Minderheit gehörte Luthers Freund und Klosterbruder der Humanist Johannes Lang, der später Erfurts wichtigster Reformator wurde.

Martin Luthers Stellung im Erfurter Kloster wurde durch diese Vorgänge so schwierig, daß der Generalvikar Johann von Staupitz es für geraten hielt, ihn nach Wittenberg zu versetzen. Er hatte Martin Luther schon längere Zeit seine Aufmerksamkeit gewidmet, hatte ihn in Wittenberg dazu bewogen, sich zum Doktor der Theologie promovieren zu lassen und ihn zum Nachfolger in seiner Professur für Bibelauslegung gemacht. ■

Anm:

Artur Wild ist Pfarrer in Erfurt und Vorsitzender des EAK-Landesverbandes in Thüringen

50 Jahre EKD: Eine Mischung aus Wohlfahrtsverband und Greenpeace?

Heinz-Georg Binder

Die Reformation hat es gewußt: wahre Kirche ist überall da, wo das Evangelium rein verkündet und die Sakramente einsetzungsgemäß verwaltet werden. Das vor allem war entscheidend, und alle kirchlichen Organisationsformen haben sich bis heute danach zu fragen, ob sie diesem einen Ziel dienen. Vieles andere mag sich dann daraus ergeben. Solches gilt auch für die EKD, die Vereinigung der deutschen Landeskirchen, die in diesen Wochen auf 50 Jahre ihres Bestehens zurückblickt.

Gewiß, sie ist nach wie vor mehr Kirchenbund als Kirche, die 24 Gliedkirchen bewahren ihre Selbstständigkeit und sind schließlich auch für die Verkündigung am Ort unmittelbar verantwortlich. Aber die medienbestimmte Öffentlichkeit sieht nun einmal die EKD mit ihren Organen als die Sprecherin der

evangelischen Christenheit, und damit müssen wir umgehen. Kein Zweifel: Es gab und es gibt in den Gremien und im Stab der EKD viel gründliche Arbeit an der Sache, die landesweite Bedeutung hat und zugleich der Verkündigung in der örtlichen Gemeinde dient. Man denke nur an die umfangreiche theologische und philologische Arbeit am Text der Lutherbibel oder an die Vorbereitung des inzwischen erschienenen neuen Evangelischen Gesangbuches. Aber das meiste davon vollzieht sich in der Stille. Die zentralen Fragen des Glaubens stehen dagegen seltener ganz im Vordergrund wie etwa im Jahr 1988, als sich die EKD-Synode mit dem Thema befaßte: „Glauben heute, Christ werden, Christ bleiben.“

Meistens erfährt die Öffentlichkeit vor allem das, was die kirchlichen Gremien zu Fragen der Zeit geäußert haben. Ein Spötter sagte einmal, die EKD erscheine

ihm zuweilen als eine Mischung aus Wohlfahrtsverband und Greenpeace. Nun liegt das sicher vor allem an dem eingeschränkten Interesse der säkularisierten Medienwelt. Aber ist es das wirklich allein? Wer Synodaldebatten verfolgt, kann sich oft genug nicht des Eindrucks erwehren, daß es vor allem die politischen Zeitfragen sind, die mit der größten Leidenschaft diskutiert werden.

Nichts gegen die öffentliche Verantwortung der Kirche. Aber stimmt die Gewichtung noch? Man hat gemeint, das Christentum sei in sein ethisches Zeitalter eingetreten. Signalisiert das vielleicht nur die Schwäche unserer Verkündigung, dem aufgeklärten und kritischen Zeitgenossen zu sagen, das Heil in Christus auch für ihn die lebensentscheidende Wahrheit ist? Die EKD hat viele Sorgen: das Aushalten des durch die Wiedervereinigung vermehrten Pluralismus, Kirchenaustritte, Geldknappheit, Verlust an Ansehen. Dieses alles läßt sich ertragen, wenn nur für jedermann deutlich bleibt, was Grund und Mitte der kirchlichen Verkündigung ist. ■

Der Autor war von 1977 bis 1992 Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung. (aus: idea)

Der EAK-Ludwigsburg lädt ein:

Montag, 6. November 1995, 18.30 -21 Uhr

Aula des Jugenddorfwerks, Schloß Kaltenstein
in Vaihingen/Enz

**„Familie morgen?
Lebensformen - Lebensmöglichkeiten“**

Podiumsgespräch zwischen
CDU-Fraktionschef Günther Oettinger, MdL
und Kandidaten zur Württ. Landessynode
der Wahlkreise Mühlacker/Vaihingen und
Ditzingen/Leonberg

Weitere Informationen: Ulrich Hirsch
(Tel.: 07046/2632)

Einladung zur Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen

**am Freitag, den 13. Oktober 1995
um 18.00 Uhr**

im Festsaal des Rathauses Dresden
Eingang Goldene Pforte

Es spricht der Bundesvorsitzende
des Evangelischen Arbeitskreises,
Bundesminister Jochen Borchert,

zum Thema
Kirche und freiheitliche Demokratie

Anschließend finden die Wahlen zum
EAK-Landesvorstand Sachsen statt.

Bücher

Dr. Reinhard Göhner:
Vernetzt denken –
verantwortlich handeln:
Erneuerung von Politik
und Gesellschaft
Bouvier Verlag, Bonn 1995

Die Verkündigung des Evangeliums, Themen wie Schuld und Gnade, Erlösung und Heil sind Sache der kirchlichen Verkündigung; der Glaube ist Sache des einzelnen Individuums. Sache der Politik ist das, was unser aller Zusammenleben und die Art und Weise seiner politischen Gestaltung im Gemeinwesen betrifft. Was kann in einer pluralen Gesellschaft christliche Politik heißen?

Aufgabe einer christlichen Politik ist es erstens, die Bedingungen der freien Glaubensentscheidung von Christen zu sichern - ein Leben in christlicher Überzeugung muß in unserem Gemeinwesen möglich sein. Insofern werden politisch die „Interessen“ der Christen und der freien Verkündigung der Kirchen vertreten. Zum anderen gibt es aber auch christliche Inhalte, die für die Politik wichtig sind. Dies ist vor allem ein Verständnis vom Menschen, das im Christentum wurzelt und ein bestimmtes Verständnis von Politik, das aus dieser Sicht vom Menschen in der Welt folgt.

Dazu gehört, das der einzelne Mensch in seiner gottgegebenen Würde und Personalität im Mittelpunkt der Politik stehen muß, der deshalb nicht zum bloßen Mittel eines „höheren“ welthistorischen Zwecks gemacht werden darf. Von einem Menschenbild zu reden ist gefährlich, denn ein bestimmtes - notwendiger-

weise einengendes - Bild dürfen wir uns im Sinne der fundamentalen menschlichen Freiheit gerade nicht machen. Diese Grundüberzeugung hat deutliche Konsequenzen für die Politik. Im Zentrum des Staatsverständnisses steht die äußere Sicherung der Menschenwürde.

Das Leitziel ist es, die freie Entfaltung der Persönlichkeit in ihren äußeren Rahmenbedingungen zu gewährleisten - rechtlich und sozial, nach innen und außen. Der Auftrag der Politik ist damit begrenzt: das Glück des Menschen zu besorgen steht ihr nicht zu. Von der christlichen Heilbotschaft her wissen wir um die Begrenztheit unseres Tuns - um die normativen Grenzen wie um die faktischen Grenzen, die sich aus der menschlichen Endlichkeit und Unvollkommenheit ergeben.

Wir können der Welt nicht das Heil bringen, es steht uns auch nicht zu; aber als Christen brauchen wir darum auch gar nicht zu bangen. Wir dürfen damit rechnen, daß Gott seine Schöpfung nicht im Stich läßt. ■

(Auszug aus Kapitel III)

Leserbriefe

Betr.: Kruzifix-Urteil
Schon wieder „Atheismus
als Staatsdoktrin“?

Zahlreiche Vertreter der deutschen Linken und ihre Zeitungsschreiber, vor allem auch in den 3 1/2 über die deutsche Einheit hinweg weitergeführten „SED-Bezirkszeitungen“ in Sachsen, haben unisono in der Presse jegliche Kritik am „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts strikt zurückge-

wiesen. Sie haben damit sehr deutlich gezeigt, daß sie so sehr von atheistischen Vorurteilen eingenommen sind, daß ihnen echte Urteilskraft völlig abhanden gekommen ist.

Die Autoren von Artikeln und Kommentaren begreifen offenbar noch weniger als die fünf Karlsruher Verfassungsrichter, die das denkbar knappe „Kruzifix-Urteil“ auch gegen die Auffassung dreier Mitrichter gesprochen haben, daß die Verfassungsaussage der Trennung zwischen Staat und Kirche keineswegs ein Gebot ist, daß der Staat atheistisch zu sein hat. Im Gegenteil beweist das Grundgesetz mit dem Verweis auf die Verantwortung „vor Gott und den Menschen“ seine Verwurzelung im Christentum, und es bedarf schon großer atheistischer Borniertheit, das nicht zu erkennen.

Daß der Vorsitzende Richter Henschel im Nachhinein das Urteil nun modifiziert hat und damit selbst die Berechtigung von Kritik anerkennt, stört die atheistischen Aktivisten nicht. Sie erkennen auch nicht, daß hier antireligiöser Intoleranz der Status von Recht gegeben werden sollte.

Es ist offensichtlich, daß die fünf Verfassungsrichter ein deutliches Fehlurteil gesprochen haben. Sie haben damit die Institutionen „Verfassungsgericht“ beschädigt und nicht diejenigen, die dieses Fehlurteil auch so nennen, ganz gleich, ob Jurist, Politiker oder Bürger. Offenbar ist doch, daß zumindest die deutliche Mehrheit der Bayern und wohl auch die Mehrheit aller Deutschen dieses Urteil als „nicht das Grundgesetz schützend“ ablehnen.

Nun werden alle Kritiker, wo zu übrigen auch die früheren

Verfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda und Bundespräsident Roman Herzog gehören, wüst beschimpft und mit kindischen Unterstellungen überhäuft. Dabei werden wieder Politiker der CDU und CSU zum Hauptfeind der Demokratie erklärt, als ob nicht die Politik der CDU erst die deutsche Einheit möglich gemacht und damit der Demokratie für ganz Deutschland den Weg bereitet hat.

In ihrer Wut über die starke Kritik an dem Urteil entlarven sich die Zeitungsschreiber, indem sie so weit gehen, alle Verurteilungen des „Unrechtsstaats DDR“ von CDU-Politikern heute „Geschwafel“ zu nennen. Das zeigt, wofür die Herzen der Verfasser dieser „Kritikerschelte“ wirklich schlagen, jedenfalls nicht für die Demokratie.

Natürlich geht es längst „um mehr als um Kreuze in Klassenzimmern“. Es geht darum, daß hier der erste Schritt versucht wurde, Atheismus wieder zur Staatsdoktrin zu machen. Das haben die Christen in Ostdeutschland 45 Jahre erdulden müssen. Sie wollen nicht schon wieder Opfer der Intoleranz und der atheistischen Indoktrinierung sein.

Verlierer aus diesem Urteil sind nicht seine Kritiker, sondern der Rechtsstaat und sein Verfassungsgericht, das durch die Schuld von fünf Richtern beschädigt wurde.

Diese Richter würden gut daran tun, ihre Hüte zu nehmen, weil das für sie die einzige Möglichkeit der Wiedergutmachung ist. ■

Dietmar Franke MdL
Stellvertretender
Vorsitzender des
Evangelischen Arbeitskreises
der CDU Sachsen

Zur Reform des Staates

Münster. „Ein wirklich wahrhafter Demokrat,“ so **Hermann Buntrock**, erster Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Münster über den Gast. **Rainer Eppelmann**, Theologe und brandenburgischer Bundestagsabgeordneter der CDU, sprach über „Fragen und Probleme zum Umbau und zur Reform des Sozialstaates.“ Das Interesse der Anwesenden galt sowohl dem Thema, als auch der Person Eppelmans, der in seinem Leben bereits Maurer, Pfarrer und Verteidigungsminister war. „Das sozialpolitische Engagement war mir schon immer wichtig“, erklärte Eppelmann, der auch Vorsitzender der Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft (CDA) ist, anhand seiner Biographie. ■

Für regelmäßige gemeinsame Konsultationen

Darmstadt. In einem Gespräch des EAK-Landesvorstandes der CDU Hessen mit der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sprach sich der Kirchenpräsident **Prof. Peter Steinacker** für „geregelt“ Konsultationen miteinander aus. Man werde eine solche Empfehlung von der Kirchenleitung auch in der Konferenz der Dekane geben. Sehr schnell wurde in dem vom stellvertretenden Landesvorsitzenden des EAK-Hessen **Michael Bergmann** für den EAK und von KP Steinacker für die Kirchenleitung gemeinsam geleiteten

Gespräch klar, daß dies auch nötig ist, um die gegenseitige und unmißverständliche Information sowie eine verlässliche Meinungsbildung zu ermöglichen. Als Beispiel dafür, wie es nicht laufen dürfe, wurde der Ablauf zum Gesetzgebungsverfahren zur gesetzlichen Pflegeversicherung mit der Abschaffung des Buß- und Bettages als gesetzlichem Feiertag genannt. Gegenstand des Gesprächs waren neben dem Religionsunterricht vor allem der Entschließungsentwurf der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ und die beabsichtigte gesetzliche Regelung der Organtransplantation. ■

Wege für neue Arbeitsplätze

Oldenburg. Das Bemühen um neue Arbeitsplätze und die Frage nach der Antwort auf das Thema Armut stand im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU mit Oberkirchenrat **Tilman Winkler** von der EKD-Kanzlei aus Hannover. Kritik gab es aus dem Zuhörerkreis an der Kirchendenkschrift: „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. „Die Beschreibung ist gut, doch es fehlen die Vorschläge.“ Durch moralische Rügen an die Wirtschaft, wie sie kürzlich auch von Sozialminister Hiller bei seiner Predigt in der Lamberti-Kirche ausgesprochen worden seien, würden keine Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten. Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, öffentliche Förderung zusätzlicher Arbeitsplätze für wenig qualifizierte Arbeitskräfte und die Organisation ei-

nes Netzes für häusliche Dienstleistungen waren die Vorschläge aus der Diskussion für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Oberkirchenrat **Tilman Winkler** betonte abschließend, daß die Schrift der Kirchen ein unerwartetes großes Echo gefunden habe und versprach, auch die Anregungen aus Oldenburg mit in den weiteren Konsultationsprozeß aufzunehmen. ■

Wertmaßstäbe des Christentums in der Politik

Chemnitz. Zu diesem Thema im Vorfeld des 50. Jahrestages der Gründung der CDU hatten der Vorsitzende des Landesverbandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen, Sozialminister **Dr. Hans Geisler** und **Horst Otto** vom EAK Kreisverband Chemnitz in die St.-Andreas-Gemeinde nach Chemnitz eingeladen und den langjährigen Bundesvorsitzenden Staatsminister i.R. **Albrecht Martin** als Vortragenden gewonnen. Albrecht Martin betonte, daß der Einfluß christlicher Wertmaßstäbe von den verschiedenen politischen Strömungen, in denen Christen tätig sind, sehr unterschiedlich gesehen werde.

Nach seiner Ansicht sei das rechte Verhalten der Menschen dadurch gegeben, daß „Gott als der Herr allein“ anerkannt und „von ganzem Herzen, ganzer Seele, ganzem Gemüt und allen Kräften geliebt“ werde, und das Gebot vorschreibe, „Deinen Nächsten zu lieben wie Dich selbst.“ Dieses Gottesgebot verbiete jegliches Paktieren mit jeder Form von Ideologie.

In seinem Co-Referat führte Dr. Geisler die Gedanken weiter, indem er als Grundlage der sozialen Komponente in der sozialen Marktwirtschaft die christliche Verantwortlichkeit feststellte, resultierend aus Würde und Freiheit des Handelns im Sinne der Nächstenliebe. Diese Nächstenliebe nimmt dem Hilfsbedürftigen nicht seine Würde durch Mitleid und entwürdigende Zuteilung, sondern befähigt ihn durch ihre Unterstützung zur Selbsthilfe und zur Mobilisierung der eigenen Kräfte. Geisler ging auf die Rolle der Kirchen in der DDR ein, eine Rolle als Hort der Bedrängten und Andersdenkenden, ein Ort der Mündigsprechung. So sei auch die Handhabung der Sozialgesetze an die Erhaltung der menschlichen Würde, an Eigenverantwortlichkeit und an christliches Füreinander gebunden, und der eingeschlagene Weg gelte der Durchsetzung der Subsidiarität. ■



Zur Gesprächsrunde in der Chemnitzer St.-Andreas-Gemeinde war Staatsminister a.D. Albrecht Martin Gast des EAK-Landesverbandes Sachsen (v.l. Elke Heyder, Frank Weimert, Albrecht Martin, Horst Otto).

EAK in Worms wählt neuen Vorstand

Worms. Die Mitglieder des EAK in Worms bestätigten auf ihrer Versammlung **Ulrich Oelschläger** als Vorsitzenden und wählten **Sabine Decher** und **Dr. Horst Hermann Knuth** als Stellvertreter. Des Weiteren wurden **Gerhard Humberg, Silvia Gutjahr, Hanna Kohlmeister, Ursula Meyer, Walter Schwahn, Walter Übrück** in den Vorstand gewählt. ■

Offensive zur Stärkung des Ehrenamtes nötig

Schleswig. „Das Ehrenamt muß dringend in der öffentlichen Anerkennung aufgewertet werden. Dafür ist eine umfassende Offensive nötig, um mehr Verständnis und Bereitschaft für die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten zu wecken.“

Mit diesen Worten faßte der Kreisvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Schleswig-Flensburg, **Johannes Callsen**, Langdeel, das Ergebnis einer Schwerpunktsitzung des EAK zusammen.

Die Mitglieder waren sich einig, daß das Ehrenamt tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Demokratie ist. In vielen Bereichen, von sozialen, sportlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Aufgaben bis hin zur kommunalen Selbstverwaltung, der Selbstverwaltung der Wirtschaft oder dem Einsatz von Schöffen in der Rechtsprechung sei das Ehrenamt unverzichtbar.

Hat die Kirchensteuer Zukunft?

Diskussion mit Staatsminister **Dr. Hans Geisler** (Sachsen) und Oberkirchenrat **Dr. Rudolf Kriszeleit** (Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau)

Montag, den 6. November 1995, um 19.30 Uhr, Alpensälchen des Festhauses, Worms.

Kirche und Politik nach 1989

Berlin. Bei den Landesvorstandswahlen des EAK-Berlin-Brandenburg wurde der bisherige Vorsitzende **Stefan Daxsel** in seinem Amt bestätigt.

Als Stellvertreter sind gewählt worden: **Frau Schultz** und **Herr Stroppe**. Anschließend hielt Domprediger **Martin Beer** eine Andacht. Pfarrer Martin Beer, Domprediger am Berliner Dom, stellt sein Erleben mit Kirche und Politik auf seinem Weg aus der Vorpommerschen Landeskirche hin zum Berliner Dom in den Zeiten des Umbruchs 1989-90 dar.

Die nachfolgende Diskussion brachte die besondere Situation der EKIBB in Deutschland zum Ausdruck. Die beiden Hälften dieser Landeskirche lagen nach der Vereinigung unseres Vaterlandes 1990 in den ehemaligen Ost- und Westteilen. Die Kirche mußte so auch eine Wiedervereinigung in sich, mit allen Chancen und Beschwerden vollziehen. ■

Eine Gemeinschaft ohne Werte und „religio“ (Bindung) ist der Kampf aller gegen alle!

Thesen des EAK-Hessen aus Anlaß des „Kruzifix-Urteils“ des BVerfG

1. „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ - die Präambel des Grundgesetzes verlangt nicht den Glauben, wohl aber menschliche Bescheidenheit. Geschichte ist Rechenschaft einer Kultur über sich selbst (Huizinga). Unsere Geschichte ist die des „europäischen Abendlandes“ mit dem frühen Herrschaftsverständnis des „Heiligen römischen Reichs“, das hohe Ansprüche setzt.
2. Gewissen, Freiheit, Gleichheit, Streben nach Glück: Alle wesentlichen Freiheitsrechte entstammen der Erkenntnis, daß der Mensch von Gott geschaffen und daher gleichwertig und unverwechselbar ist. Die Bindung an die Transzendenz des einen Gottes ermöglicht Freiheit und Verantwortlichkeit.
3. Unsere Gesellschaft verdankt der Bergpredigt gemeinschaftliche Werte, unser Staat dem Christentum seine Fundamente, die Grundrechte, wie sie in der Aufklärung formuliert wurden. Der Staat kann seine Wurzeln nicht negieren oder ignorieren; ihm erwächst die Verantwortung, das Gewicht und Gleichgewicht der Grundrechte zu schützen.
4. Wertvorstellungen in einer Gesellschaft bleiben und wachsen nur, wenn Erzieher, Politiker, Kirchen, auch Gerichte in Denken, Reden und Handeln um sie ringen.
5. Freiheit der Meinung und Pluralismus können nicht Leere und Unverbindlichkeit bedeuten: In jedes Vakuum drängt ein anderes, im Zweifel die Freiheit einschränkendes Sinn-Modell, eine totalitäre Versuchung.
6. Religionsfreiheit und Toleranz dienen primär der Ermöglichung, nicht der Verhinderung, eine eigene Position zu vertreten.
7. Die Meinungsfreiheit wie die Freiheit der Kunst können auf Dauer die Integrität und Ehre der Persönlichkeit nicht auf den zweiten Platz verweisen. In diesem Zusammenhang muß der „Gotteslästerungsparagraph“ bewahrt werden.
8. (Religiöse) Toleranz entsteht nicht durch Verweigern einer Position, sondern auf der Grundlage einer eigenen Identität: Diese aber wird durch einen Findungsprozeß, also auch durch das Angebot einer Position erworben.
9. Das schulische Angebot konfessionellen Religionsunterrichts oder des Ethikunterrichts dient im Sinne der Identitätsfindung der Erziehung junger Menschen insbesondere zur Ehrfurcht vor dem Leben.
10. Kein Schüler muß glauben. Aber er muß sich mit dem auseinandersetzen, was ihn unbedingt angeht: seine Orientierung, sein Standort im unmittelbaren Umfeld und innerhalb des Kosmos. Er muß die prägenden Faktoren der eigenen Kultur kennen und sich mit ihnen auseinandersetzen.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf · Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet · Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

35. EAK-Bundestagung 27.-28. Oktober 1995



Augustinerkloster, Erfurt

Die Bürger und ihr Staat - Gemeinsinn und Eigenverantwortlichkeit

Freitag, 27.10.1995:

- 14 Uhr Sitzung des Bundesarbeitskreises (Neuwahl des Bundesvorstandes) (nur für Delegierte mit gesonderter Einladung)
- 19.30 Uhr Eröffnung
EAK-Bundvorsitzender
Bundesminister **Jochen Borchert, MdB**, Bonn
Grußworte
Pfarrer **Artur Wild**, Landesvorsitzender des EAK-Thüringen, Erfurt
Ministerpräsident **Dr. Bernhard Vogel**, Erfurt

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Vortrag:
„Von der Freiheit eines
Christenmenschen“

danach Abend der Begegnung

Samstag, 28.10.1995:

Themenschwerpunkt:

„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“
Diskussion zum Konsultationspapier der beiden Kirchen

- 9 Uhr Geistliches Wort
Propst **Joachim Jaeger**, Erfurt
- 9.30 Uhr **Arbeitskreis 1: Arbeit für alle?**
Dr. Frank-Michael Pietzsch, MdL
Landtagspräsident, Erfurt
Dr. Lothar Späth
Jenoptik, Jena
- Arbeitskreis 2: Familie ohne Zukunft?**
Gertrud Dempwolf, MdB,
Parl. Staatssekretärin, Bonn
Jürgen Gohde
Präs. des Diakonischen Werkes der EKD,
Stuttgart
- 12 Uhr Gemeinsames Mittagessen

Bitte fordern Sie das Einladungsprogramm mit Anmeldekarte an:

Tel.: 02 28/544-305 oder Fax: 02 28/544-586

Unsere Autoren:

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl, MdB
Bundeskanzleramt
53113 Bonn

Peter Hintze, MdB
CDU-Generalsekretär
Konrad-Adenauer-Haus
53113 Bonn

Cornelia Yzer, MdB
Parl. Staatssekretärin
Heinemannstr. 2
53175 Bonn

Prof. Dr. Reinhard Frieling
Konfessionskundl. Institut
Eifelstr. 35
64625 Bensheim

Dr. Artur Wild
Petristr. 1
99092 Erfurt